LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

26.04.2023
Drucksache 8/2556

öffentlich

Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

–

Fraktion DIE LINKE

Geburtshilfe und Kinderheilkunde stärken!

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/2490**

Der Landtag wolle beschließen:

Kinderärztliche und geburtshilfliche Versorgung im Land sicherstellen

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Interesse der Kinder und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt sowie deren Eltern für die umgehende Herausnahme der gesamten Kinder- und Jugendmedizin, der Kinderchirurgie sowie der Geburtshilfe aus dem allgemeinen DRG-System auf Bundesebene einzusetzen. Stattdessen braucht es eine Finanzierung durch Vorhaltepauschalen, die dem Aufgabenumfang in der Pädiatrie gerecht wird.

2. Um das Abwandern und Ausscheiden von ausgebildeten Kinder- und Jugendärzt:innen im Land abzufedern und auszugleichen, bedarf es dringend weiterer Anreize durch Unterstützungsprogramme des Landes, besonders auch bei der Kooperation und Vernetzung sämtlicher Spezialist:innen innerhalb der Kindermedizin an den verschiedenen Standorten.

3. Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, mit dem Verband Leitender Kinder- und Jugendärzte und Kinderchirurgen (VLKKD) umgehend einen Fahrplan zur Ausbildung und Zukunft der Kinder- und Jugendmedizin im Land aufzunehmen.

4. Darüber hinaus bedarf es mittel- und langfristig einer nachhaltigen, vorausschauenden und systematischen Planung, die statt betriebswirtschaftlicher Interessen vor allem dem Anspruch der UN-Kinderrechtskonvention nach einer bedarfsgerechten medizinischen Versorgung junger Menschen gerecht wird. Diese Planungen sollen entsprechend im Krankenhaus-Plan des Landes festgehalten werden.

(Ausgegeben am 26.04.2023)

Begründung

Die aktuelle Not bei der flächendeckenden Versorgung selbst von zum Teil schwer erkrankten Kindern in Sachsen-Anhalt ist ein Skandal. Jetzt zeigen sich die Auswirkungen jahrelanger Versäumnisse bei der Absicherung von Standorten und das Aussitzen struktureller Probleme. Auch in der Kindermedizin wird das Entgeltsystem der Fallpauschalen (DRG) angewandt, womit ein wirtschaftliches Arbeiten dieser Abteilungen kaum möglich und für Krankenhäuser defizitär ist. Somit findet die Versorgung der Kinder und Jugendlichen an immer weniger Standorten im Land statt. Die reformierte Krankenhausfinanzierung muss den ökonomischen Druck auf medizinische Behandlungen nehmen und die Finanzierung des dringend notwendigen Fachpersonals ermöglichen, indem Vorhaltekosten durch entsprechende Pauschalen stärker berücksichtigt werden. Dies gilt besonders für die personal- und zeitintensive Versorgung in der Kinder- und Jugendmedizin, der Kinderchirurgie sowie der Geburtshilfe. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, im Bundesrat Initiativen einzubringen und zu unterstützen, die die genannten Bereiche sofort aus dem DRG-System nehmen.

Zudem müssen Unterstützungsprogramme für die Aus- und Weiterbildung, die ein angemessenes Arbeiten des medizinischen Personals ermöglichen und die Abwanderung in attraktivere Arbeitsfelder verhindern, jetzt aufgelegt werden. Perspektivisch muss das Abwandern und die Verrentung vieler Ärzt:innen aus der Kinder- und Jugendmedizin in den kommenden Jahren durch einen Fahrplan abgefedert werden. Der Verband Leitender Kinder- und Jugendärzte und Kinderchirurgen (VLKKD) hat eine alarmierende Stellungnahme zur aktuellen Situation herausgegeben und seine Forderungen müssen vom Gesundheitsministerium dringlich aufgegriffen und umgesetzt werden.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz